

Dienstvorschrift aus dem Weißen Haus legt fest, wie mit Demonstranten zu verfahren ist, die bei Bush-Veranstaltungen auftreten – Bestellte Jubeltrupps sollen Proteste verdecken und übertönen!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 180/07 – 30.08.07**

Anweisung des Weißen Hauses regelt Umgang mit Protestierenden

Von Peter Baker

Washington Post, 22.08.07

(<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/08/21/AR2007082101662.html>)

Eigentlich bräuchte man sich (wegen einiger Demonstranten) nicht zu beunruhigen. Aber das Weiße Haus lässt Protestierenden kaum eine Chance, vom Präsidenten bemerkt zu werden. Man will einfach keine sehen.

Eine Dienstvorschrift, die erst kürzlich bekannt wurde, enthält genaue Anweisungen, wie ein Vorauskommando von Sicherheitsleuten den Präsidenten bei seinen öffentlichen Auftritten im Land von Personen abschirmen soll, die ihn möglicherweise stören könnten.

Unter anderem wird vorgeschrieben, dass Veranstaltungen (mit dem Präsidenten) nur mit Eintrittskarten besucht werden dürfen, deren Ausgabe die Veranstalter streng zu überwachen haben. Alle Besucher müssen sich kontrollieren lassen, ob sie nicht irgendwelche verborgenen Zeichen (des Protestes) mit sich führen. Wenn es Anti-Bush-Demonstranten trotzdem gelingt, sich Zutritt zu verschaffen, müssen sie sofort von strategisch günstig platzierten "Jubeltrupps" niedergeschrien werden. Wenn das nicht funktioniert, sind sie rauszuwerfen.

Das heißt aber nicht, dass das Weiße Haus andere Meinungen nicht duldet – der Präsident will nur nicht damit konfrontiert werden. Die Dienstvorschrift enthält tatsächlich spezielle Anweisungen, wie Leute ihre abweichenden Ansichten kund tun sollen. Das Vorauskommando des Weißen Hauses muss die lokalen Polizeibehörden anweisen, eine Protest-Zone für Demonstranten festzulegen, von der aus weder der Veranstaltungsort noch die Route der Wagenkolonne des Präsidenten einzusehen sind.

Die Dienstvorschrift "Presidential Advance Manual" (s. http://www.aclu.org/pdfs/freespeech/presidential_advance_manual.pdf) wurde im Oktober 2002 erlassen und trägt den Stempel "Vertraulich – Nicht kopieren!". Ihre Veröffentlichung hat die American Civil Liberties Union / ACLU (Union für Bürgerrechte) unter Strafandrohung in einem Gerichtsverfahren durchgesetzt, das zwei Personen angestrengt haben, die eingesperrt wurden, weil sie sich bei einer Bush-Rede am 4. Juli 2004 (am Independence Day, dem Nationalfeiertag der USA) im Capitol von West Virginia geweigert hatten, ihre Anti-Bush-T-Shirts (unter ihrer Kleidung) zu verbergen. Das beschriebene Vorgehen wird seit Beginn der bisher 6½-jährigen Amtszeit Bushs praktiziert, aber die Dienstvorschrift macht deutlich, wie gut organisiert die Anti-Protest-Politik tatsächlich ist.

Die Klage wurde von Jeffery und Nicole Rank eingereicht. Sie hatten bei der von der Firma "Charleston Event" arrangierten Veranstaltung T-Shirts getragen, auf deren Vorderseite des Wort "Bush" durchgestrichen war. Auf der Rückenseite seines Hemdes stand "Regimewechsel beginnt daheim", bei ihr war zu lesen "Liebt Amerika, hasst Bush". Nach ihren Aussagen forderten sie Sicherheitsbeamte des Weißen Hauses auf, ihre Shirts zu bedecken oder die Versammlung zu verlassen. Als sie sich weigerten, wurden sie festgenommen, mit Handschellen gefesselt und kurze Zeit eingesperrt. Dann ließen die lokalen Behörden die Anklage fallen und entschuldigten sich.

Die Bundesregierung hat das Verfahren, bei dem es um die Verletzung der Ersten Zusatzartikels zur Verfassung (Meinungs- und Versammlungsfreiheit u. a.) ging, letzte Woche durch die Zahlung von 80.000 Dollar (an die Kläger) beendet, aber kein Fehlverhalten eingestanden.

Die Dienstvorschrift belege, "dass das Weiße Haus die Politik verfolgt, auf Veranstaltungen mit dem Präsidenten kritische Meinungsäußerungen zu verhindern oder zu unterdrücken," sagte der ACLU-Anwalt Jonathan Miller. "Jeder sollte das Recht haben, dem Präsidenten seine Meinung kundzutun, auch wenn sie dem nicht passt."

Tony Fratto, ein Sprecher des Weißen Hauses, sagte, er könne sich nicht zu der Dienstvorschrift äußern, weil in zwei weiteren Verfahren noch darüber verhandelt werde.

Die Dienstvorschrift enthält Anweisungen für Vorauskommandos und Helfer, wie bei Veranstaltungen, an denen der Präsident teilnimmt, mit den Versammelten umzugehen ist. Wer zum Beispiel als VIP (Very Important Person = besonders wichtige Person) auf oder in der Nähe der Rednerbühne platziert werden will, "muss den Regierungskurs uneingeschränkt unterstützen", heißt es darin. Während der Geheimdienst Besucher nur auf Gegenstände überprüft, von denen eine Gefahr ausgehen könnte, sollen Helfer noch vor den Sicherheits-Schleusen nach Zeichen des Protests Ausschau halten, etwa auf zusammengefalteten Kleidungsstücken.

Um Demonstranten in Schach halten zu können, die durch die Kontrollen gekommen sind, soll das Vorauskommando "Jubeltrupps" aus Helfern bilden, die notfalls mit hochgehaltenen Schildern, Plakaten oder Spruchbändern "freundliche Botschaften" zu verkünden haben. Diese Trupps sollten an strategisch wichtigen Punkten aufgestellt werden, und "mindestens ein Trupp sollte am Rand der Versammlung patrouillieren, um bei möglichen Problemen sofort einschreiten zu können," empfiehlt die Dienstvorschrift.

"Diese Trupps müssen aufgefordert werden, ständig nach Demonstranten Ausschau zu halten," heißt es. "Die Jubeltrupps haben die Aufgabe, die Demonstranten mit Schildern und Fahnen so abzuschirmen, dass sie von der Presstribüne aus nicht zu sehen sind. Wenn die Demonstranten laut ihr Missfallen äußern, müssen die Jubeltrupps sie mit Gesängen oder Sprechchören übertönen, indem sie zum Beispiel laut "USA! USA! USA!" rufen. Wenn das nicht hilft, müssen Sicherheitskräfte die Demonstranten aus der Versammlung entfernen."

Das Vorauskommando braucht nicht einzugreifen, wenn die Protestierer für den Präsidenten oder die Kameras unsichtbar bleiben. "Wenn feststeht, dass die Medien sie nicht sehen oder hören und sie die Versammlung nicht stören können, sollten sie ignoriert werden. Wenn die Störer aber sichtbare Zeichen des Protests tragen, und versuchen, den Präsidenten zu übertönen oder die Versammlung zu stören, muss s o f o r t eingegriffen werden, um die Wirkung der Demonstration möglichst gering zu halten."

Die Dienstvorschrift mahnt in Fettdruck: "Achtet (besonders) darauf – Körperkontakt mit den Demonstranten ist zu vermeiden! Meistens wollen die Demonstranten, dass es zu tätlichen Auseinandersetzungen kommt. Geht ihnen nicht in die Falle!" Das Vorkommando solle entscheiden, "ob ein Eingreifen mehr negative Publicity bringt, als das Nichtbeachten der Demonstranten".

Bei der Veranstaltung in West Virginia könnte das Vorkommando, diesen Hinweis übersehen haben.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen. Wir verzichten darauf, das Demokratie-Verständnis des Herrn Bush, das Herrn Schäuble entzücken dürfte, zu kommentieren. Es folgt der englische Originaltext.)

White House Manual Details How to Deal With Protesters

By Peter Baker

Washington Post Staff Writer

Wednesday, August 22, 2007; A02

Not that they're worried or anything. But the White House evidently leaves little to chance when it comes to protests within eyesight of the president. As in, it doesn't want any.

A White House manual that came to light recently gives presidential advance staffers extensive instructions in the art of "detering potential protestors" from President Bush's public appearances around the country.

Among other things, any event must be open only to those with tickets tightly controlled by organizers. Those entering must be screened in case they are hiding secret signs. Any anti-Bush demonstrators who manage to get in anyway should be shouted down by "rally squads" stationed in strategic locations. And if that does not work, they should be thrown out.

But that does not mean the White House is against dissent -- just so long as the president does not see it. In fact, the manual outlines a specific system for those who disagree with the president to voice their views. It directs the White House advance staff to ask local police "to designate a protest area where demonstrators can be placed, preferably not in the view of the event site or motorcade route."

The "Presidential Advance Manual," dated October 2002 with the stamp "Sensitive -- Do Not Copy," was released under subpoena to the American Civil Liberties Union as part of a lawsuit filed on behalf of two people arrested for refusing to cover their anti-Bush T-shirts at a Fourth of July speech at the West Virginia State Capitol in 2004. The techniques described have become familiar over the 6 1/2 years of Bush's presidency, but the manual makes it clear how organized the anti-protest policy really is.

The lawsuit was filed by Jeffery and Nicole Rank, who attended the Charleston event wearing shirts with the word "Bush" crossed out on the front; the back of his shirt said "Regime Change Starts at Home," while hers said "Love America, Hate Bush." Members of the White House event staff told them to cover their shirts or leave, according to the lawsuit. They refused and were arrested, handcuffed and briefly jailed before local authorities dropped the charges and apologized. The federal government settled the First Amendment case last week for \$80,000, but with no admission of wrongdoing.

The manual demonstrates "that the White House has a policy of excluding and/or attempting to squelch dissenting viewpoints from presidential events," said ACLU lawyer Jonathan Miller. "Individuals should have the right to express their opinion to the president, even if it's not a favorable one."

White House spokesman Tony Fratto said that he could not discuss the manual because it is an issue in two other lawsuits.

The manual offers advance staffers and volunteers who help set up presidential events guidelines for assembling crowds. Those invited into a VIP section on or near the stage, for instance, must be "extremely supportive of the Administration," it says. While the Secret Service screens audiences only for possible threats, the manual says, volunteers should examine people before they reach security checkpoints and look out for signs. Make sure to look for "folded cloth signs," it advises.

To counter any demonstrators who do get in, advance teams are told to create "rally squads" of volunteers with large hand-held signs, placards or banners with "favorable messages." Squads should be placed in strategic locations and "at least one squad should be 'roaming' throughout the perimeter of the event to look for potential problems," the manual says.

"These squads should be instructed always to look for demonstrators," it says. "The rally squad's task is to use their signs and banners as shields between the demonstrators and the main press platform. If the demonstrators are yelling, rally squads can begin and lead supportive chants to drown out the protestors (USA!, USA!, USA!). As a last resort, security should remove the demonstrators from the event site."

Advance teams are advised not to worry if protesters are not visible to the president or cameras: "If it is determined that the media will not see or hear them and that they pose no potential disruption to the event, they can be ignored. On the other hand, if the group is carrying signs, trying to shout down the President, or has the potential to cause some greater disruption to the event, action needs to be taken immediately to minimize the demonstrator's effect."

The manual adds in bold type: "Remember -- avoid physical contact with demonstrators! Most often, the demonstrators want a physical confrontation. Do not fall into their trap!" And it suggests that advance staff should "decide if the solution would cause more negative publicity than if the demonstrators were simply left alone."

The staff at the West Virginia event may have missed that line.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern